

**Einfache Anfrage SP-GRÜ-Fraktion:
«Mögliche Diskriminierungen verhindern**

In den vergangenen Wochen gaben Aussagen des Rorschacher Stadtpräsidenten zu reden. Insbesondere Anlass zur Sorge gibt die Aussage, dass «der Islam keinen Platz in unserer Gesellschaft habe». Damit werden Grundrechte wie Religions- und Meinungsfreiheit in Frage gestellt und ein Teil der Wohnbevölkerung wird bewusst ausgeschlossen.

Daneben stellen sich auch Fragen der Integration von zugewanderten Personen und Asylsuchenden. Es gibt verschiedene Aufgaben auf Gemeindeebene gerade im Bereich der Integration, die mit solchen Aussagen subtil torpediert oder gar negiert werden könnten. Es stellt sich die Frage, ob unter der Federführung dieses Stadtpräsidenten die notwendigen Schritte zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben auch tatsächlich eingeleitet wurden oder werden.

Der zuständige Regierungsrat stellte in Aussicht, dass sich die Regierung anlässlich einer Regierungssitzung mit den Aussagen auseinandersetzen wird.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stellt sie sich nach ihrer Aussprache anlässlich einer Regierungssitzung zu den Aussagen?
2. Wie stellt sie sich zur Vereinbarkeit der Forderungen mit den Aufgaben des Amtes eines Gemeinde- bzw. Stadtpräsidenten?
3. Welche Kontrollen beispielsweise durch das Amt für Gemeinden sind möglich, damit sichergestellt ist, dass kantonale und Bundesvorgaben vollständig und diskriminierungsfrei umgesetzt werden?»

22. September 2017

SP-GRÜ-Fraktion